

Presse-Information

Kiel, 9. April 2015

Ärzte verordneten Medikamente in 2014 für 1,3 Milliarden Euro: Arzneimittel-Ausgaben in Schleswig-Holstein erneut gestiegen AOK-Chef befürchtet Kostenlawine durch neue Medikamente

Kiel. Die Ausgaben für Arzneimittel sind im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein erneut gestiegen. Die niedergelassenen Ärzte im Land verordneten für die rund 2,4 Millionen gesetzlich Versicherten in Schleswig-Holstein Medikamente im Wert von über 1,3 Milliarden Euro und damit 69,5 Millionen Euro oder 5,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurden 25,1 Millionen Arzneimittel-Packungen verordnet. Dies teilte heute die AOK NORDWEST auf Basis der aktuellen Statistiken des GKV-Spitzenverbandes mit. Einen wesentlichen Grund für den Anstieg der Kosten sieht AOK-Vorstandsvorsitzender Martin Litsch in den unangemessen hohen Einführungskosten der Pharmaindustrie für neue Hepatitis C-Präparate. „Hier rollt eine riesige Kostenlawine auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu“, so Litsch.

Im Durchschnitt bekam in 2014 jeder gesetzlich Versicherte in Schleswig-Holstein Arzneimittel für 543 Euro verordnet. Damit liegt Schleswig-Holstein rund 27 Euro unter dem bundesweiten Wert von 570 Euro. Am teuersten verschrieben die Ärzte in Hamburg mit rund 722 Euro pro Kopf und die Mediziner in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 707 Euro je Versicherten. Am geringsten war der Pro-Kopf-Wert in Bayern mit 513 Euro und in Westfalen-Lippe mit 524 Euro. Insgesamt haben die Patienten in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr Zuzahlungen für Arzneimittel in Höhe von fast 74 Millionen Euro geleistet.

Eine wesentliche Ursache für den erneuten Kostenanstieg sieht die AOK NORDWEST in der Einführung neuer, hochpreisiger Hepatitis C-Medikamente. Allein die gesetzlichen Krankenkassen in Schleswig-Holstein haben dafür im vergangenen Jahr mehr als 16 Millionen Euro gezahlt. AOK-Chef Litsch sieht das grundlegende Problem bei der Preisgestaltung

solcher und anderer moderner Medikamente nach ihrer Marktzulassung: "Es kann nicht sein, dass Beitragszahler jede Form der Preispolitik von Unternehmen hinnehmen müssen", so Litsch. Einer der Preistreiber ist das Präparat Sovaldi (Sofosbuvir), das seit Januar 2014 in Deutschland zugelassen ist. Das Medikament ist sehr wirksam, da es in vielen Fällen zur Heilung führt und somit eventuelle Folgeerkrankungen verhindert. Doch die Pille ist sehr teuer, pro Stück werden etwa 700 Euro verlangt. Bei einer Therapie von drei Monaten sind das rund 60.000 Euro pro Patient. Auch andere Hersteller orientieren sich mittlerweile an diesem Preis, der vom Hersteller selbst willkürlich festgelegt wurde. Und das ist laut Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) im ersten Jahr nach der Zulassung sogar erlaubt. Erst ab dem zweiten Jahr gilt der sogenannte Erstattungsbetrag, den der jeweilige Hersteller und die Krankenkassen auf Basis der Nutzenbewertung aushandeln. „Hier muss dringend gesetzlich nachgebessert werden. Der ausgehandelte Erstattungsbetrag muss rückwirkend ab dem ersten Tag nach der Zulassung gelten“, so Litsch.

Weiter forderte der AOK-Chef eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent. Das würde die Gesetzliche Krankenversicherung bundesweit um etwa drei Milliarden Euro jährlich entlasten. Neben Dänemark und Bulgarien ist Deutschland das einzige Land in der Europäischen Union, das noch den vollen Steuersatz auf Arzneimittel erhebt.

Gesprächspartner für die Medien

Jens Kuschel, Pressesprecher
Edisonstraße 70, 24145 Kiel
Tel. 0431 605-21171, Mobil 01520 1566136
E-Mail: presse@nw.aok.de